



Gleichlautend:

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters
Rathaus

50667 Köln

Herrn Bezirksbürgermeister
Willi Stadoll

Friedrich-Ebert-Ufer 64-70

51143 Köln

Friedrich-Ebert-Ufer 64-70
51143 Köln

Fon 0221 / 22197 – 303

Fax 0221 / 22197 – 304

Mail SPD-BV7@stadt-koeln.de
www.porzspd.de

Köln-Porz, 05.04.2013

Antrag zur Sitzung der Bezirksvertretung Porz am 23.04.2013

hier: Versorgung mit Postdienstleistungen im Stadtbezirk Porz

Beschlussentwurf:

Die Bezirksvertretung Porz beauftragt die Verwaltung, nachdrücklich den Kontakt mit der Deutschen Post AG zu suchen, um eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung im Porzer Stadtbezirk mit Postdienstleistungen dauerhaft und nachhaltig sicherzustellen.

Zur Erreichung dieses Zieles muss mindestens in jedem Stadtteil- bzw. Nahversorgungszentrum eine Postfiliale/-agentur sowie in jedem Wohnquartier ein Briefkasten vorgehalten werden.

Bei diesen Gesprächen sollte auch die Vergütungsstruktur der privaten Betreiber von Postagenturen angesprochen und auf deren Erhöhung gedrängt werden. Nur so kann die Nachhaltigkeit an den Standorten gesichert werden.

Begründung:

Bereits seit Jahren ist festzustellen, dass die Deutsche Post AG die von ihr selbst geführten Filialen stetig reduziert. Nach Medienberichten sollen zukünftig sogar sämtliche Postfilialen in Deutschland geschlossen werden.

Stattdessen werden sogenannte Postagenturen in Einzelhandelsgeschäften eingerichtet, die von den Einzelhändlern im Auftrag der Deutschen Post AG selbständig betrieben werden.

Da allerdings die Leistungserbringung durch die Deutsche Post AG so schlecht vergütet wird, dass diese auf die Stunde umgerechnet mit Stundenlöhnen von weniger als 5,00 EUR bewertet sind, können die Einzelhändler ihren Unterhalt von diesen Postdienstleistungen nicht bestreiten und müssen nicht selten den Service zum Schaden der Postnutzer einstellen. Da bei diesen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen häufig auch keine anderen Betreiber gefunden werden, bleiben einzelne Stadtteile bzw. Nahversorgungszentren ohne entsprechende Postdienstleistungen.

Da dies im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, nicht hinnehmbar ist, muss entsprechend auf die Deutsche Post AG eingewirkt werden.

Immerhin befindet sich diese noch mit rund einem Drittel in Besitz der öffentlichen Hand und hat weiterhin das Monopol auf Postdienstleistungen für Privatkunden inne – diese Rahmenbedingungen verpflichten zu einer flächendeckenden Versorgung mit den elementaren Postdienstleistungen.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Joisten
Fraktionsvorsitzender